



Wasserstoff

Aiwanger: "Künftige Bundesregierung muss sich zur Anwendung von Wasserstoff in der Mobilität bekennen"

05. Januar 2025

MÜNCHEN Das deutsche Wasserstoff-Kernnetz soll in diesem Jahr mit einer Länge von über 500 Kilometern starten. Vor diesem Hintergrund fordert der bayerische Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger von der künftigen Bundesregierung, "[...] die Chancen von Wasserstoff für die Mobilität zu erkennen und zu unterstützen, anstatt weiter ideologisch zu blockieren wie es die alte Bundesregierung gemacht hat."

Es gebe vielversprechende Ansätze, um anstatt einseitig auf batterieelektrische Antriebe für PKW und LKW auch auf Wasserstoff zu setzen, erklärt Aiwanger: „Die Wasserstofftechnik ist praxisreif, wir brauchen jetzt die Massenanwendung. Es ist erfreulich, dass BMW ab 2028, also in drei Jahren, serienmäßig Wasserstoffautos anbieten will. Auch im LKW-Bereich haben wir viele Entwicklungen, gerade auch in Bayern, die mich oft mehr überzeugen als reine Batterielösungen. Der Bund muss jetzt klare Rahmenbedingungen setzen, die diese Lösungen zum Durchbruch bringen, beispielsweise mehrjährige verlässliche Steuer- und Mautbegünstigungen, Förderprogramme und politische Rückendeckung anstatt ideologische Querschüsse, wie wir sie die letzten Jahre immer wieder erlebt haben. Es kann nicht sein, dass eine Bundesregierung planwirtschaftlich vorgeben will, in welchen Sektoren künftig der Wasserstoff eingesetzt werden muss. Wenn man mit gut einem Kilogramm Wasserstoff im Auto 100 Kilometer fahren kann und beim LKW mit 8 Kilogramm, dann bin ich hier schneller an der Rentabilität als bei verschiedenen Anwendungen, wo der Wasserstoff mit günstigerem Erdgas konkurriert. Der Markt soll über die Anwendung entscheiden, nicht die Politik. Insofern ist es inakzeptabel, wenn man aus Berlin immer wieder hören muss, Wasserstoff habe in der Mobilität nichts zu suchen, weil man ja die Batterie habe.“

Ansprechpartner: Aaron Gottardi, stv. Pressesprecher

